



„Ostbelgien leben“

Regierungserklärung

**zur Lage der
Deutschsprachigen
Gemeinschaft**

Oliver Paasch

Ministerpräsident

19. September 2016

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

wir durchleben instabile Zeiten.

Viele von uns sind verunsichert und fühlen sich bedroht.

Terroranschläge und Amokläufe überall in der Welt sind Angriffe auf uns alle, auf unsere Lebensart, unser Lebensgefühl, auf unsere Werte und insbesondere auf unsere Freiheit.

Gleichzeitig befindet sich **Europa in einer tiefen Krise**.
Großbritannien kehrt der EU nach 43 Jahren den Rücken.

Europa wird durch den BREXIT ärmer, in jeglicher Hinsicht.

Und wenn wir uns die Umfragen in den verbliebenen Mitgliedsstaaten anschauen,
dann müssen wir uns ernsthafte Sorgen machen um den Fortbestand der EU.

Die EU ist kein Naturgesetz. Sie kann scheitern.

Mit der existentiellen Krise der EU einher geht zunehmend auch eine **Krise der Demokratie**.

Auch die Demokratie ist leider kein Naturgesetz. Auch sie kann scheitern.

Das wissen wir aus der Zeit, als es hierzulande noch keine Demokratie gab.

Unsere eigene Geschichte lehrt uns, wohin die Alternativen zu einer freiheitlich demokratischen Rechtsordnung führen.

Wir dürfen froh und dankbar dafür sein, dass Bürgerrechte und Demokratie mittlerweile zu unserem Selbstverständnis gehören.

Dafür haben unsere Vorväter gestritten, gekämpft und mitunter ihr Leben geopfert.

Trotzdem müssen wir heute wieder erleben, dass rechtspopulistische, fremdenfeindliche und rechtsradikale Parteien an Fahrt aufnehmen.

In den USA hat ein aggressiv herumschreiender Populist, der jede Grenze des menschlichen Anstands verletzt, realistische Chancen, Präsident zu werden.

Und auch in Europa gibt es **rechtspopulistische Gruppierungen**, die undifferenziert hetzen, an den Grundpfeilern der Demokratie rütteln, Nationalismus schüren, Ausgrenzung predigen und den Egoismus zum Programm gemacht haben.

Die hasserfüllte Abgrenzungsrhetorik mancher Scharfmacher ist zutiefst besorgniserregend.

Unsere Großeltern haben in einer Welt gelebt, wie sie manche Rechtspopulisten heute einfordern.

Wir sollten unseren Kindern eine solche Welt nicht zumuten.

Deshalb sind alle Demokraten aufgefordert, sich dem mit aller Kraft entgegenzustellen.

Nichts spielt den Populisten mehr in die Karten, als seriöse Politiker, die sie zu kopieren versuchen.

Gleichzeitig müssen wir Politiker aber auch begreifen, dass wir uns alle in einer **„Vertrauenskrise“** befinden.

Der Begriff **„Politiker“** gehört zu den meist verwendeten Schimpfwörtern.

Man misstraut „denen da oben“, gleich welcher Partei sie angehören.

Das müssen wir sehr, sehr ernst nehmen.

Denn ohne vom Volk bestimmte Vertreter, ohne demokratisch gewählte und akzeptierte „Politiker“ kann Demokratie nicht funktionieren.

Scheitert die „Politik“ als solche, dann scheitert die Demokratie.

Kolleginnen und Kollegen,

Terror und Gewalt, Krise der europäischen Wertegemeinschaft, Krise der Demokratie, Vertrauenskrise, ...

ja, es ist nicht vermessen zu behaupten, dass wir schwierige Zeiten durchleben.

Die Frage ist nun, was können wir dagegen tun?

Was können wir in der kleinen DG tun?

Bevor ich im Detail auf die Regierungsarbeit des kommenden Jahres eingehen werde, will ich versuchen, darauf im Namen der Regierung einige Antworten zu geben.

1. Was können wir beispielsweise gegen die Terrorgefahr tun?

Wie Sie wissen, ist die DG nicht für die Sicherheitspolitik im eigentlichen Sinne zuständig.

Das bedeutet aber nicht, dass wir unsere Hände in den Schoß legen dürfen.

Gewaltsamem Radikalismus vorzubeugen ist eine **zentrale Aufgabe** aller politischen und gesellschaftlichen Akteure und damit auch der DG.

Innerhalb Belgiens wurde im Juni 2016 mit der Verabschiedung des ersten integralen Sicherheitsplans ein wichtiger, im wahrsten Sinne des Wortes „föderaler“ Grundstein für eine umfassende Sicherheitspolitik gelegt.

Die Regierung der DG hat sich gewissenhaft mit diesem Thema auseinandergesetzt und eine **eigene DG-spezifische Strategie** erarbeitet, welche wiederum in den nationalen Sicherheitsplan eingeflossen ist.

Wir haben dem Parlament diese Strategie in Form einer **Regierungsmitteilung** unterbreitet und dazu eine getrennte Debatte im Parlament beantragt.

Deshalb gehe ich darauf heute nicht näher ein.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass diese Arbeit notwendig ist; nicht nur um Radikalisierungstendenzen vorzubeugen sondern auch ganz grundsätzlich, um ein verständnisvolles Miteinander in unserer zunehmend heterogenen Gesellschaft zu fördern.

2. Was können wir als kleine DG für Europa tun? Und warum ist es wichtig, dass wir etwas dafür tun?

Die EU ist Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Gerade **wir als Grenzregion** haben davon in den letzten Jahrzehnten enorm profitiert.

Heute arbeiten hierzulande Polizei und Sicherheitsdienste grenzüberschreitend zusammen.

Heute rücken Feuerwehren wie selbstverständlich aus, wenn auf der anderen Seite der Grenze ein Feuer ausbricht.

Heute fahren Ambulanzen und Rettungsdienste tagtäglich über Grenzen, um Leben zu retten.

Heute überqueren jeden Tag 9000 Ostbelgierinnen und Ostbelgier eine Staatsgrenze, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Wir nutzen jeden Tag die vier Grundfreiheiten der EU.

Die EU hat auf dem Gebiet der DG über den **ESF** in den letzten Jahren 30 Millionen EUR in soziale, beschäftigungspolitische und bildungspolitische Initiativen investiert. Bis 2020 kommen noch einmal 11 Millionen EUR hinzu.

Darüber hinaus hat die EU auf dem Gebiet der EMR in den letzten Jahren 185 Millionen EUR in Interreg-Projekte investiert. In dieser Förderperiode kommen noch mal 96 Millionen EUR hinzu.

Wir haben jedes Interesse daran, dass das so bleibt.

Wir haben jedes Interesse daran, uns für den europäischen Integrationsprozess einzusetzen. Und das tun wir auch.

Am 15. April 2016 haben wir den **Vorsitz der EMR** an die Region Aachen übergeben.

Die Bilanz unseres dreijährigen Vorsitzes ist sehr positiv ausgefallen. Unsere Arbeit ist von allen Partnern sehr positiv bewertet worden.

Wir haben dazu beigetragen, die EMR zu einem zusammenhängenden Gebiet weiter zu entwickeln, bestehende Grenzbarrieren abzubauen und so die Lebensqualität der 4 Millionen Menschen, die in diesem Grenzgebiet leben, zu verbessern.

Und wir werden auch weiterhin in allen Gremien der EMR aktiv mitarbeiten.

Dasselbe gilt für unser **Engagement in der Großregion**, in der wir seit etwa einem Jahr den Vorsitz ausüben.

Die Arbeit in diesen grenzüberschreitenden Verbänden trägt wesentlich zum Gelingen des europäischen Integrationsprozesses bei.

Deshalb werden wir uns auch weiterhin in der **Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen** engagieren.

Deshalb werden wir uns auch weiterhin aktiv an den Arbeiten des **Ausschusses der Regionen** (ADR) beteiligen. Wir sind dort durch Karl-Heinz Lambertz vertreten. Er wird im ersten Halbjahr 2017 den Vorsitz des ADR übernehmen. Das eröffnet uns sehr interessante Möglichkeiten, unseren Vorstellungen an prominenter Stelle Ausdruck zu verleihen. Man denke nur an unsere Probleme mit den neuen europäischen Buchhaltungsnormen.

Der ADR kann für uns ein sehr wertvolles Sprachrohr sein.

Darüber hinaus werden wir uns selbstverständlich auch in Zukunft als weltoffene Gemeinschaft präsentieren.

Wir werden weiterhin eng und freundschaftlich **mit anderen Regionen in Europa** zusammenarbeiten, um von ihnen zu lernen und die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Gemeinschaft zu verbessern.

Das liegt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft.

Wir sind nun mal zu klein, um uns selbst zu genügen.

Wir können es uns nicht erlauben, uns einzuigeln.

Wir sind als winzig kleine Gemeinschaft schlicht und einfach auf **europäische Zusammenarbeit** angewiesen.

3. Was können wir gegen die Vertrauenskrise in die Politik tun?

Nun, wir müssen zumindest 3 Grundsätze konsequent beherzigen:

- 1) Wir müssen jederzeit Rechenschaft ablegen über unser Tun und **maximale Transparenz** wagen.

Deshalb veröffentlichen wir jedes Jahr auf mehreren hundert Seiten eine **Rechtfertigungserklärung**, die sogenannte Fibel. Darin erteilen wir detailliert Auskunft über unsere Ausgaben in allen Zuständigkeitsbereichen.

Deshalb haben wir auch schon vor einigen Jahren dem **Rechnungshof** einen uneingeschränkten Zugang zu unserem Buchhaltungsprogramm SAP gewährt. Der Rechnungshof hat als Auditor die Möglichkeit, jede Ausgabe der DG online und live zu überprüfen.

Das gibt es sonst nirgendwo in Belgien.

Deshalb haben wir zu Beginn der Legislaturperiode auch entschieden, jedes Jahr unsere **Gehälter**, die Gehälter unserer Angestellten und all unsere **Funktionskosten** auf den Eurocent genau im Rahmen einer Pressekonferenz zu veröffentlichen.

Auch das tut keine andere Regierung in unserem Land.

Und weil wir maximale Transparenz für unabdingbar halten, werden wir in dieser Sitzungsperiode noch einen wichtigen Schritt weiter gehen.

Wir werden im Laufe des Sitzungsjahres ein Computermodul entwickeln lassen, **um auch allen Bürgerinnen und Bürgern den Einblick in die Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen.**

Auf dieser Seite werden wir der breiten Öffentlichkeit zudem progressiv detaillierte Informationen zur Finanzsituation der Gemeinschaft zugänglich machen, wie z.B. den aktuellen Kassen- und den Schuldenstand.

Auch das gibt es sonst nirgendwo in Belgien.

- 2) Wir müssen dazu beitragen, dass es möglichst **gerecht** zugeht in unserer Gesellschaft.

Ereignisse wie die brutale Schließung von **Caterpillar** in Gosselies, die tausende Familien in Existenznöte bringt, lassen viele Menschen – auch mich – daran zweifeln, dass unsere Wirtschaftsordnung gerecht ist.

Wenn die Interessen des Kapitals vor den Interessen der Menschen stehen, wenn weit entfernte Entscheidungsträger multinationaler Firmen in zynischer und menschenverachtender Art und Weise mit einem Federstrich ein rentables Unternehmen einfach ausradieren können, wenn gewählte Volksvertreter ohnmächtig mit ansehen müssen, wie die Existenz ihrer Bürger im Kern bedroht wird, um die Kapitalrendite zu erhöhen, dann fällt es schwer, von Gerechtigkeit zu sprechen.

Wir müssen in Belgien, in Europa Mittel und Wege finden, ein solches Verhalten unmöglich zu machen.

Eine Marktwirtschaft kann nur dann sozial sein, wenn sie letztlich dem Menschen dient, nicht dem Kapital.

Die **Kluft zwischen Arm und Reich** wird überall in der Welt immer größer. Allzu viele Menschen sind ausgeschlossen von Wohlstand und wirtschaftlichem Fortschritt. Sie fühlen sich abgehängt, erkennen für sich selbst **keine Aufstiegsperspektiven** und haben den Eindruck, dass alles nur „denen da oben“ zu Gute kommt.

Vor diesem Hintergrund haben auch jene, denen es heute noch relativ gut geht, **Angst vor dem sozialen Abstieg**. Das darf nicht sein. Dadurch entstehen Frust

und Ablehnung. Das ist der Nährboden für Populismus, Europafeindlichkeit und Radikalisierung.

Unsere Aufgabe besteht deshalb darin, der Kluft zwischen Arm und Reich in all unseren Zuständigkeiten entgegenzuwirken.

Aus diesem Grund haben wir bereits die Ausgaben für einen **kostengünstigeren Schulbesuch** in dieser Legislaturperiode verdoppelt.

Aus diesem Grund haben wir ebenfalls die Mittel für den Jugend – und den Kulturbereich deutlich erhöht.

Wir werden zudem in den nächsten Jahren noch mehr in den Ausbau von **Kinderbetreuungsangeboten** investieren.

Wir bemühen uns auch, den gesamten **Sozialbereich** finanziell aufzuwerten. Für das kommende Jahr wird die Regierung dem Parlament erneut eine beachtliche Aufwertung vorschlagen. Das werden Sie dem Haushaltsentwurf entnehmen können, den ich hier am 8. November vorstellen werde.

Die Zuwendungen für die **Seniorenpflege** werden deutlich erhöht.

Und nicht zuletzt bereiten wir zurzeit eine Erhöhung der Haushaltsmittel für das **Kindergeld** vor.

Die Regierung hat am 2. September einen entsprechenden Konzeptvorschlag genehmigt. Nach unserer Vorstellung werden zwischen 70% und 80% der Familien in unserer Gemeinschaft ab 2019 ein höheres Kindergeld erhalten. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass niemand durch diese Reform Geld verliert. Die Erhöhung der hierfür notwendigen Finanzmittel stellt uns vor die größte finanzpolitische Herausforderung in dieser Legislaturperiode. Darauf komme ich gleich nochmal zurück.

- 3) Wir müssen konkrete **Mehrwerte für die Bevölkerung** schaffen und nachweisen, dass die DG den Menschen etwas bringt; dass sie eine Daseinsberechtigung hat. Diese Daseinsberechtigung ist nicht Gott gegeben. Die müssen wir uns verdienen. Durch gute Arbeit. Und zwar jeden Tag aufs Neue.

Hierfür haben wir uns einen Kompass, ein Navigationssystem, ein Gesamtkonzept gegeben : **das Regionale Entwicklungskonzept (REK)**, in dem wir unsere langfristigen Ziele festgeschrieben haben.

Hinzu kommt natürlich unser Laufendes Arbeitsprogramm, das wir Ihnen bereits schriftlich übermittelt haben und regelmäßig aktualisieren.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

nach dieser grundsätzlichen Positionierung der Regierung werde ich nun detaillierter auf die Regierungsarbeit eingehen.

Die **27 Zukunftsprojekte**, die wir auf der Grundlage des REK in dieser Legislaturperiode verwirklichen wollen, habe ich Ihnen am 18.05.2015 in einer getrennten Regierungserklärung vorgestellt.

Heute übermitteln wir Ihnen, wie damals versprochen, im Anhang zu dieser Regierungserklärung einen ausführlichen Fortschrittsbericht, in dem wir detailliert Auskunft erteilen über den Stand jedes einzelnen Vorhabens.

Die 27 Zukunftsprojekte, die wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen haben, umfassen bekanntlich knapp **500 konkrete Maßnahmen** beziehungsweise Arbeitsschritte.

Wie Sie feststellen werden, konnte ein beachtlicher Teil dieser Maßnahmen bereits umgesetzt werden. Bei anderen Maßnahmen befinden wir uns im Zeitplan. Für einige Maßnahmen wiederum wurde ein neuer Zeitplan festgelegt.

Das alles können Sie dem schriftlich hinterlegten Bericht entnehmen, den ich hier nicht vorzutragen brauche.

Ich möchte an dieser Stelle nur einige Vorhaben hervorheben:

Im **Bildungswesen** konnten bereits spürbare Fortschritte erzielt werden.

So wurden verschiedene Arbeiten aus der letzten Legislaturperiode fortgeführt, wie zum Beispiel die Implementierung neuer Rahmenpläne in allen Unterrichtsstufen, der flächendeckende Einsatz von Förderpädagogen in den Regelgrundschulen, der schwierige und komplexe Aufbau des Zentrums Kaleido, der Bau der ersten inklusiven Grundschule Belgiens in Bütgenbach oder etwa die Ausdehnung der Integrationsmaßnahmen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung konnte die **mittelständische Ausbildung** Anfang 2015 rekurrent in Höhe von mehr als 200.000 EUR zusätzlich **refinanziert** werden. Zur weiteren Festigung der Berufsausbildung im Süden der Gemeinschaft wurden die Vorbereitungen zum Bau eines **Technologecampus in St. Vith** wieder aufgenommen. Ähnlich wie in Eupen soll dieser Campus verstärkt die Synergien zwischen schulischer und mittelständischer Ausbildung stärken.

Dieses für die berufliche Bildung so wichtige Infrastrukturprojekt ist nur ein Teil eines zweiten **Schulbauprogramms**, das vor allem Schulen in St.Vith und Kelmis betrifft.

Das Gesamtvolumen dieses ehrgeizigen Projektes liegt bei mindestens 100 Millionen EUR. Die prinzipielle Vereinbarung der beteiligten Schulträger zur gemeinsamen Durchführung des Projektes liegt mittlerweile vor. Die Regierung wird in Kürze ein externes Büro mit der fachlichen Beratung für Ausschreibung, Bieterauswahl und Baubegleitung beauftragen.

Ein weiterer Baustein zur Aufwertung der beruflich-technischen Ausbildung ist ein ESF-Projekt, welches das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand gemeinsam mit den beiden Zentren für Aus- und Weiterbildung durchführen wird. Das Projekt wird sich vorrangig den Jugendlichen widmen, die Schwierigkeiten in der dualen Ausbildung haben. Auf der Grundlage einer Analyse der Lehrvertragsabbrüche im ersten Lehrjahr sollen Lösungsansätzen im Hinblick auf die Einführung einer **Anlehre** erarbeitet werden.

Zu Beginn des Monats hat das **Wissenschaftliche Institut Ostbelgien** auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung der Regierung mit der Katholieke Universiteit Leuven und der Universität zu Köln in Eupen seine Arbeit aufgenommen. Das Institut wird als Anlaufstelle und Plattform für alle Anfragen im Bereich der wissenschaftlichen Forschung dienen, die Einwohner, Einrichtungen oder Unternehmen aus der DG oder mit Bezug zur DG haben. Das Institut vermittelt Anfragen im Bereich der wissenschaftlichen Forschung an die Partneruniversitäten und dient als Schnittstelle zwischen den Interessenten und den Universitäten. Es gewährleistet die Kommunikation zwischen beiden und unterstützt sie bei der Ausgestaltung der weiteren Modalitäten.

Ein wichtiger Baustein des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Bildungswesen ist das Projekt „**Gutes Personal für gute Schulen**“. Es ist unumstritten, dass eine umfassende Dienstrechtsreform unbedingt vonnöten ist.

So bieten die aktuellen gesetzlichen Regelungen nur sehr wenig Spielraum bei der Rekrutierung und wenig Arbeitsplatzsicherheit zu Beginn der Karriere.

Es gibt zurzeit kaum Freiräume für Teamarbeit und berufliche Weiterentwicklung.

Die eingeschränkte und wenig transparente Arbeitszeitregelung veranlasst die Gesellschaft dazu zu glauben, die Lehrerarbeitszeit beschränke sich auf die Unterrichtszeit.

„Gutes Personal für gute Schulen“ betrifft die gesamte Laufbahn der Personalmitglieder und behandelt Themen wie Rekrutierung, Berufseinstieg, kollegiale Zusammenarbeit oder Arbeitszeit, aber auch weitere Inhalte wie die Organisation des Schuljahres, die Unterrichtszeit, die Prüfungszeit und die Stellenzuteilung.

Das Konzept setzt auf die Stärkung der **schulischen Autonomie**, die Förderung der Teamarbeit im Unterrichtswesen, die Unterstützung von Berufseinsteigern sowie neue Formen der Laufbahnentwicklung.

Mit diesem umfassenden Konzept wollen wir nachhaltig und grundlegend gegen den **Lehrermangel** ankämpfen.

Im vergangenen Jahr haben zu diesem Projekt zahlreiche Arbeitssitzungen sowie zwei Open-Space-Veranstaltungen für alle Lehrpersonen stattgefunden, die sehr gut besucht waren und interessante Ergebnisse geliefert haben. Erste Kapitel der Konzeptarbeit sollen bis Ende 2017 dekretal verankert werden können.

Das Sektorenabkommen vom 21. April 2016 enthält bereits einige ganz wichtige **Verbesserungen für die Personalmitglieder** im Unterrichtswesen:

- so werden die Gehälter des Arbeitspersonal am 01. Januar 2018 um 5 % angehoben;
- den Schulen wird zusätzliches Stellenkapital für Schüler mit einem Migrationshintergrund gewährt;
- die Vorruhestandsregelungen im Unterrichtswesen der DG werden zu Lasten unseres Haushaltes aufrechterhalten. Die Flämische Gemeinschaft hat den Vorruhestand für Lehrpersonen übrigens mittlerweile weitestgehend abgeschafft;
- Neueinsteiger in den Lehrerberuf erhalten mit Dienstbeginn sofort eine unbefristete Einstellung. Das ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Lehrermangel. Das gibt es in keiner anderen Gemeinschaft;
- ein netzübergreifender Vertretungspool für Lehrpersonen soll geschaffen werden, um Unterrichtsausfall zu vermeiden;
- für junge Lehrpersonen soll zudem ein System von Mentoren eingeführt werden.

Die Förderung der **Mehrsprachigkeit** bleibt ebenfalls ein REK-Projekt mit einer hohen Priorität.

Die erfolgreiche Einführung von „bilingualen Kindergärten“ und „bilingualen Primarschulen“ zeigt, dass wir dabei stets offen für neue Erkenntnisse sind und innovative Wege gehen.

Zu Beginn des nächsten Kalenderjahres wird die Regierung ebenfalls ein neues **Dekret für erstankommende Schüler** hinterlegen.

Der Bedarf dafür ist nicht erst seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im gesamten Unterrichtswesen zu spüren.

Wir haben vor, die Logik des bisherigen Dekretes aus dem Jahre 2001 zu verändern:

Nach der alten Logik bekamen die Schulen nur unter gewissen Voraussetzungen zusätzliches Personal.

So musste die Schule zum Beispiel in der Nähe eines Asylbewerberzentrums liegen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium war das Herkunftsland der Kinder.

Nach der neuen Logik sollen die Sprachkenntnisse der Kinder das ausschlaggebende Kriterium sein.

Alle Schüler sollen unabhängig von ihrer Herkunft,
alle Schulen sollen unabhängig von ihrer geographischen Lage
davon profitieren können.

Auch in den Bereichen **Kultur, Jugend, Medien und Sport** konnten in dieser Legislaturperiode bereits zahlreiche Punkte des Regierungsprogramms umgesetzt werden.

Zur Umsetzung des **Kulturdekretes** gehören unter anderem die Inbetriebnahme des Kulturzentrums **Alter Schlachthof** in Eupen sowie der Abschluss der Geschäftsführungsverträge mit diesem neuen Zentrum und mit dem Kultur- und Messezentrum **Triangel** in St. Vith.

Hinzu kommt die Anerkennung eines weiteren professionellen Kulturträgers, nämlich des Figurentheaters Heinrich Heimlich, kurz **FITHE**.

Auch konnte das Angebot des Programms „**Kultur macht Schule**“ weiter ausgebaut werden. Fast 100.000 EUR wurden im letzten Schuljahr in dieses Programm investiert, sodass fast **7.500 Kinder** erreicht werden konnten. Das ist eine Steigerung von mehr als 50% gegenüber dem Vorjahr.

Außerdem konnten neue Angebote aus den Partnerregionen der Großregion in das Programm aufgenommen werden.

Nach der erneuten Anerkennung der **Museen** von Raeren, Kelmis, St. Vith und des IKOB haben wir eine (ständige) Museumskonferenz geschaffen.

Zur Zeit wird darüber hinaus die **Kulturerbe**-Datenbank so aufgerüstet, dass sie auch von externen Nutzern wie dem Zentrum für Regionalgeschichte, den Museen und den Geschichtsvereinen als digitales Wahrungssystem genutzt werden kann.

Ab dem zweiten Halbjahr 2016 wird uns ganz besonders das Thema **kulturelle Bildung** beschäftigen.

Ziel ist es, über einen Beteiligungsprozess eine umfassende Entwicklungsstrategie zu erarbeiten.

In den kommenden Monaten wird das Parlament außerdem über das **Dekret zum Schutz der beweglichen Kulturgüter** debattieren können.

Auch wird weiterhin an der Sensibilisierung für das **immaterielle Kulturerbe** gearbeitet.

Im Bereich **Denkmalschutz** haben wir die Provinz verpflichtet, sich mit bis zu 4% an den Kosten für die Bezuschussung von Instandsetzungsmaßnahmen zu beteiligen.

Die aktuelle Gesetzgebung wird zur Zeit im Detail evaluiert.

Wir werden dem Parlament im kommenden Jahr eine Aktualisierung der Gesetzgebung vorlegen mit dem Ziel, prioritär die Vollstreckungsmaßnahmen zu optimieren.

Zudem wird ein System der Unterstützung von Pflege- und Vorsorgemaßnahmen entwickelt.

Im Bereich **Jugend** wurden elf **Leistungsverträge** mit den Trägern der Offenen Jugendarbeit sowie den Jugendinformationszentren und den Gemeinden abgeschlossen.

Die Finanzierung für sieben Jugendorganisationen wurde ebenfalls gesichert.

Davon profitieren weit mehr als 6000 junge Menschen in der DG.

Auch der Geschäftsführungsvertrag mit dem Jugendbüro wurde erfolgreich verhandelt und durch das Parlament gutgeheißen.

Der neue **Jugendstrategieplan** 2016-2020, „Respektvoller Umgang miteinander und mit sich selbst“, wurde ausgearbeitet und vom Parlament verabschiedet.

Schwerpunkte sind ‚Politische Bildung‘, ‚Vielfalt fördern‘, ‚Stark gegen Abhängigkeiten‘ sowie ‚Emotionen und Selbstbild‘.

Auf dieser Grundlage konnten bereits viele Initiativen umgesetzt werden.

Im Fachbereich Kultur und Jugend wurde die nationale **Kontaktstelle „Youthwiki“** für die Deutschsprachige Gemeinschaft eingerichtet.

Ab dem zweiten Halbjahr 2016 starten die Vorbereitungsarbeiten für den ersten ostbelgischen **Jugendbericht** über die Lebenswelten, die Erwartungen und den Bedarf der jungen Menschen in Ostbelgien.

Der Infomarkt für das **Ehrenamt** war sehr erfolgreich und konnte zahlreiche Impulse vermitteln. Einer Wiederholung im Jahr 2017 steht nichts im Wege.

Die Informationsarbeit wurde weiterentwickelt und die Aus- und Weiterbildung für die Ehrenamtlichen verstärkt.

Ab dem zweiten Halbjahr 2016 wird das Thema **Ehrenamtsbörse** ganz oben auf der Agenda der Regierung stehen.

Während des vergangenen Jahres führte die Sportakademie Trier in Ostbelgien eine **Breitensportentwicklungsstudie** durch.

Beteiligt wurden die Vereine, die Bevölkerung sowie der Sportrat.

Die Resultate wurden Anfang des Monats vorgestellt.

Diese Resultate sind überaus wichtig für die zukünftige Entwicklung der Sportförderpolitik und der Investitionspolitik in die Sportstätten auf dem Gebiet der DG.

Ebenfalls wurde mittlerweile das Programm **Fitte Schule** entwickelt.

Ziel sind 60 Minuten Bewegung für jedes Kind pro Tag.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase im vergangenen Schuljahr wird dieses Programm in diesem Schuljahr auf breiter Basis durchgeführt.

Ab dem zweiten Halbjahr 2016 werden wir uns auch intensiv mit einer Stärkung der **Sportfachverbände**, dem Thema good governance und der Aktualisierung der **Leistungssportförderung** beschäftigen.

Im Bereich der **Medien** wurde das Medienportal fertiggestellt, in dem alles Wissenswerte zum Thema ‚Medien in Ostbelgien‘ zusammengefasst wird.

Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz bei den Schülern wurden in den Katalog „Kultur macht Schule“ integriert, die Angebote der pädagogischen Dienststelle werden im Netzwerk mit dem Medienzentrum und ausländischen Partnern stetig erweitert.

Der Geschäftsführungsvertrag mit dem **BRF** wurde ebenfalls erfolgreich abgeschlossen. Der Belgische Rundfunk setzt konsequent die Empfehlungen des Audits aus dem Jahr 2013 um.

Dazu gehören Programm- und Dienstleistungsanpassungen sowie Organisations- und Strukturoptimierungen. Der Stand der Umsetzung wurde extern evaluiert. Gleichzeitig wurde die Technikabteilung einer vertieften Analyse unterzogen. In den kommenden Monaten werden die Geschäftsordnung sowie das Dienstrecht und der Stellenplan angepasst.

Die **Kreativindustrie** ist wichtig für die DG.

Über 900 Bürgerinnen und Bürger bestreiten ganz oder zum Teil ihren Lebensunterhalt mit einer Aktivität in der Kreativindustrie.

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote wurden durch die Zusammenarbeit mit der Stiftung Smart erweitert und strukturiert.

Die Netzwerkarbeit wird weiter gepflegt und sowohl in Ostbelgien als auch in der Euregio Maas-Rhein ausgebaut.

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** konnten die Verhandlungen über den Geschäftsführungsvertrag mit der WFG abgeschlossen werden.

Dabei wurden drei wesentliche Punkte festgehalten:

die Absicherung einer zusätzlichen Grundfinanzierung der WFG durch die DG, die Erhöhung der Mittel für die Beteiligung an der Umsetzung des REK-Projektes Standortmarketing und die Möglichkeit, ein Organisationsaudit durchzuführen mit dem Ziel, die Kommunikations- und Aktionsstrategie zu modernisieren.

Der **Tourismus** ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Ostbelgien.

Wir unternehmen große Anstrengungen, um diesen Sektor zu fördern.

So wurden die Verhandlungen über den Geschäftsführungsvertrag mit der Tourismusagentur Ostbelgien erfolgreich abgeschlossen. Außerdem wurde das Weiterbildungsangebot für den Sektor erheblich erweitert, unter anderem durch die zweite Stufe des Labels ‚Servicequalität Ostbelgien‘.

Zu den aktuell wichtigsten Projekten gehört zweifelsohne die Einrichtung eines **Wanderknotenpunktsystems** für Ostbelgien.

Dieses Projekt mit einer Gesamtinvestitionssumme von einer Million EUR ist nahezu abgeschlossen.

2017 wird es voll und ganz genutzt werden können.

Hinzu kommen weitere Investitionen: die App ‚GO Eastbelgium‘ wird erweitert; das Radknotenpunktnetz Velotour wird modernisiert, erweitert und den neuen Anforderungen des Gastes angepasst.

Nicht zu vergessen ist die stetige Verbesserung und Erweiterung des Vennbahnradweges - unseres touristischen Flaggschiffs.

Zudem werden in Kürze wichtige Interregprojekte für den Tourismus auf den Weg gebracht und durch die Kofinanzierung der DG ermöglicht.

Und nicht zuletzt wird der **Dekretentwurf zur Reform der gesamten Tourismusgesetzgebung** im Parlament hinterlegt werden.

In der **Beschäftigungspolitik** konnten durch den erfolgreichen Abschluss unserer Verhandlungen mit der Wallonischen Region die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinschaft in erheblichem Maße erweitert werden.

Bereits während der Verhandlungsphase waren die Sozialpartner an den Überlegungen und Vorarbeiten beteiligt.

Seit der Übertragung wird nun inhaltlich sehr intensiv in der um die Fraktionsvertreter erweiterten Arbeitsgruppe an der Reform der Beschäftigungspolitik gearbeitet.

Ziel ist es, die **Reform** am 1. Januar 2018 in Kraft treten zu lassen.

An diesem Ziel hält die Regierung fest.

Das REK-Projekt „Vermittlung wie aus einer Hand“ ist unter der Beteiligung aller Vermittlungsdienste in den Räumlichkeiten des **Jobcenter Kelmis** an den Start gegangen.

An der Optimierung der Vermittlungsarbeit wird nun während zwei Jahren in einem begleiteten Prozess gearbeitet.

Mit dem **Arbeitsamt** wurde ebenfalls ein neuer Geschäftsführungsvertrag abgeschlossen, der ein Arbeiten mit erweiterten Zuständigkeiten und einer entsprechend erweiterten Struktur absichert.

Zur besseren Abstimmung der Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik wurde mit den Sozialpartnern zudem das fünfte **Gemeinschaftliche Ausbildungs- und Beschäftigungsbündnis** vereinbart.

Mit der Übernahme weiterer Zuständigkeiten im Bereich **der lokalen Behörden** zum 1. Januar 2015 ergaben sich neue Möglichkeiten, die Funktionsweise der Gemeinden den Bedürfnissen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzupassen.

Regierung und Gemeinden haben begonnen, den Kodex der Lokalen Behörden zu analysieren und Empfehlungen für Anpassungen zu erarbeiten.

Sobald das Parlament die Arbeiten zu den relevanten Kapitel der Gemeindewahlgesetzgebung abgeschlossen hat, wird die Regierung 2017 einen weiteren **Dekretentwurf zur Anpassung des Kodex** hinterlegen. Damit soll eine Verbesserung und Vereinfachung für die Gemeinden erzielt werden.

Von einer gewissen Brisanz sind unsere Diskussionen mit der wallonischen Regierung über die **Organisation der nächsten Gemeinde- und Provinzialratswahlen**.

Das will ich nicht verschweigen.

Die Wallonische Region besteht bekanntlich darauf, die nächsten Provinzialratswahlen auf Papier durchzuführen, während wir im Einvernehmen mit den neun deutschsprachigen Gemeinden beschlossen haben, die nächsten Gemeinderatswahlen auf Computer mit Papierbeweis durchzuführen.

Unsere Anfrage, auf dem Gebiet deutscher Sprache auch die Provinzwahlen nach diesem Modus durchzuführen, stieß bisher bei der wallonischen Regierung auf wenig Gegenliebe, sodass ein Konflikt vorprogrammiert schien.

Mittlerweile zeichnet sich jedoch eine mögliche Einigung in dieser Frage ab, die es ermöglichen könnte, die Provinzwahlen im Gebiet deutscher Sprache ebenfalls auf Computer mit Papierbeweis durchzuführen.

Ich habe mit meinem wallonischen Amtskollegen, Paul Magnette, vereinbart, am **06. Oktober 2016** hier in Eupen **eine gemeinsame Regierungssitzung mit der Wallonischen Region** durchzuführen.

Das gerade genannte sowie andere wichtige Themen werden dabei auf der Tagesordnung stehen.

Die **Konsolidierung der Haushaltsergebnisse nach SEC-Norm** und die steigenden Anforderungen der europäischen und belgischen Kontrollinstanzen an die Haushaltsplanung wird in den kommenden Jahren direkte Auswirkungen auf die lokalen Behörden haben.

Die Haushalts- und Buchhaltungsregeln der Gemeinden, der Öffentlichen Sozialhilfezentren, der Polizeizonen und der Hilfeleistungszone müssen an diese Anforderungen angepasst werden.

Die Regierung beabsichtigt daher, die **Haushaltsordnung der Gemeinschaft ebenfalls auf die lokalen Behörden anzuwenden**, damit der gesamte Konsolidierungskreis der DG nach den gleichen Regeln verwaltet und einheitlich gegenüber Dritten dargestellt werden kann.

Auch in den Bereichen **Familie, Gesundheit und Soziales** konnte bereits vieles verwirklicht werden. Darauf können wir in diesem Jahr aufbauen.

Gerade in diesem Bereich stehen wir vor großen Herausforderungen in Folge der sechsten Staatsreform.

Schwerpunkte der Familienpolitik sind zweifelsohne die **Kleinkindbetreuung** und die Übernahme der **Familienzulagen** ab dem 1. Januar 2019.

Das Kinderbetreuungsangebot konnte bereits ausgebaut werden.

Die Kinderkrippe in St. Vith hat ihre Arbeit aufgenommen und wurde definitiv anerkannt; das Pilotprojekt zur Betreuung kranker Kinder wurde verlängert; der **Kinderhort** und die außerschulische Betreuung Hauset wurden ebenfalls anerkannt.

Es bestehen konkrete Pläne zum weiteren Ausbau des Angebotes, zum Beispiel die Initiative der Gemeinden Kelmis, Lontzen und Raeren zur Schaffung einer weiteren **Krippe** im Norden der DG oder die Zusammenarbeit mit der SPI+ zum Bau einer gemeinsamen Betriebskrippe im East Belgium Park.

Zurzeit wird auch bei den öffentlichen Einrichtungen der DG der Bedarf zur Schaffung einer betriebsinternen Krippe erhoben.

Im Februar 2016 hat ein **Familienforum** stattgefunden, das sich ausführlich mit dem Thema der Kleinkindbetreuung beschäftigt hat.

Die Diskussionsergebnisse und Empfehlungen werden in den **Masterplan 2025 zur Kinderbetreuung** einfließen.

Teilaspekte konnten bereits aufgegriffen werden, so zum Beispiel die **Erhöhung der Tagesentschädigung für Tagesmütter ab dem 1. Januar 2016** und Diskussionen mit föderalen Behörden über eine Verbesserung des Statuts der Tagesmütter.

Ein wichtiger Partner in der Kleinkindbetreuung ist zweifelsohne das **RZKB**.

Angesichts der Bedeutung des Sektors für die DG hat die Regierung ein externes Beratungsbüro mit einer Organisationsanalyse dieser Einrichtung beauftragt, um die Strukturen und Arbeitsweisen auf Dauer festigen zu können.

Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2017 vorliegen und wichtige Erkenntnisse zur weiteren Gestaltung liefern.

Mit der **Übernahme der Familienzulagen** im Zuge der sechsten Staatsreform übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft eine noch direktere Verantwortung für die ostbelgischen Familien.

Die Regierung ist sich dieser Verantwortung bewusst.

Ausgehend von den Überlegungen der gemischten Arbeitsgruppe ‚Kindergeld‘ und den Gesprächen mit flämischen, wallonischen und luxemburgischen Kollegen hat die Regierung ein Konzeptpapier verabschiedet, in dem sowohl das künftige System der Familienleistungen als auch die finanziellen und administrativen Voraussetzungen beschrieben werden.

Vorgeschlagen wird ein System eines altersunabhängigen monatlichen Basisbetrags pro Kind in Höhe von 151 Euro sowie verschiedene Zuschläge für kinderreiche Familien, für sozial Schwache, für Kinder mit Beeinträchtigung und für Waisen.

Eine Übergangsregelung soll gleichzeitig dafür sorgen, dass beim Wechsel des Systems niemand weniger erhält als bisher.

Dieses Konzept soll nun ein weiteres Mal mit den Sozialpartnern und den Vertretern der Familien beraten werden.

Dazu hat die Regierung in der vorigen Woche einen Rat für Familienleistungen geschaffen, der in Kürze eingesetzt wird und das vorliegende Konzept begutachten soll.

Die parlamentarische Beratung wird im ersten Halbjahr 2017 beginnen können.

Parallel dazu werden die administrativen Vorbereitungen getroffen, insbesondere der Aufbau der notwendigen Informatikstruktur.

In der **Gesundheitspolitik** hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls mehr Verantwortung übernommen.

Ein Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode ist dabei die **Absicherung der beiden Krankenhausstandorte** in Eupen und St. Vith.

Die verschiedenen Studien, die auf Initiative der Regierung durchgeführt worden sind, haben zur Anbindung beider Häuser an einen starken Partner und zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Häusern geführt.

Die Inspektion beider Häuser, die das Ministerium in Zusammenarbeit mit Kollegen der Flämischen Gemeinschaft durchgeführt hat, konnte interessante Perspektiven der Qualitätsentwicklung aufzeigen.

Die Regierung wird die beiden Krankenhäuser auch weiterhin begleiten und beim weiteren Ausbau ihrer Zusammenarbeit dort unterstützen, wo es nötig ist.

Im Zuge der sechsten Staatsreform hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die gesamte Zuständigkeit für die **Finanzierung der Krankenhausinfrastrukturen** übernommen.

Durch das letzte Programmdekret wurden spezifische Regeln für die Bezuschussung von Krankenhausbauten in das Infrastrukturdekret aufgenommen. Dabei wurde eine achtzigprozentige Bezuschussung von Neu- und Umbauten sowie Sanierungsarbeiten vorgesehen, eine Pauschalbezuschussung der Instandsetzungsarbeiten sowie eine Bezuschussung der Ausstattungen auf der Grundlage eines gemeinsamen jährlichen Ausstattungsplanes beider Krankenhäuser.

Auf dieser Grundlage werden wir in Zukunft mehr Geld in unsere Krankenhäuser investieren.

Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der beiden Krankenhäuser wird die Regierung noch vor Ende des Jahres einen Ausführungserlass verabschieden, um die Bezuschussungsprozeduren im Detail festzulegen.

Weitere wichtige Projekte der Regierung im Gesundheitsbereich sind die Teilnahme zahlreicher Partner in der DG am föderalen Pilotprojekt zum Thema chronische Krankheiten, die Durchführung einer Studie zur **Gesundheitsplanung** sowie die Fertigstellung eines neuen Gesundheitsförderungskonzeptes.

Über den Fortgang dieser Projekte wird die Regierung regelmäßig im zuständigen Parlamentsausschuss berichten.

Der Beitrag der Gemeinschaft zur Bewältigung der **sogenannten Flüchtlingskrise** bleibt ein zentrales Thema unserer Sozialpolitik.

Ende August 2015 erfuhren wir, dass der Föderalstaat in **Elsenborn** ein Auffangzentrum für Flüchtlinge eröffnen würde.

Heute, ein Jahr später, wissen wir, dass der Föderalstaat dieses Zentrum wieder schließen wird.

Wer aber glaubt, dass sich das Thema dadurch erledigt hätte, der irrt.

Wer sich die globalen Entwicklungen vor Augen führt, der darf getrost annehmen, dass in absehbarer Zeit wieder mehr Flüchtlinge Zuflucht in unserem Land suchen werden.

Der „**Flüchtlingsdeal**“ mit der **Türkei** ist jedenfalls keine angemessene und erst recht keine nachhaltige Reaktion auf verstärkte Zuwanderung. Im Gegenteil.

Dieser Deal löst keine Probleme; er verlagert Probleme – und auch das wahrscheinlich nur für eine bestimmte Zeit.

Im Namen der Regierung möchte ich deutlich sagen: **Europäische Politik darf nicht erpressbar sein.**

Schon gar nicht von einem Staat wie der Türkei, der tagtäglich demokratische Grundregeln verletzt und elementare Menschenrechte missachtet.

Völlig unabhängig davon steht aber ohnehin fest, dass die **Heterogenität** in unserer Gesellschaft zunehmen wird.

Und wir tun gut daran, diese Entwicklung proaktiv zu begleiten.

Deshalb werden wir konsequent alle im REK aufgeführten Maßnahmen zur **Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** umsetzen.

Deshalb werden wir auch die **Finanzmittel für diesen Bereich deutlich erhöhen.**

Das Angebot an Sprachkursen wird ausgebaut, Info-Integration wird zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden.

Und im Bildungswesen wird das Stellenkapital für neuankommende Schüler massiv erhöht.

Alleine für das Jahr 2016 haben wir für Maßnahmen im Bereich der Integration zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 EUR in den Haushalt eingetragen.

Für das Jahr 2017 werden wir diese Summe auf **1 Million EUR** erhöhen.

Das ist im Proporz sehr viel mehr als die beiden anderen Gemeinschaften hierfür vorgesehen haben.

Auch in der **Seniorenpolitik** steht die Regierung vor großen Herausforderungen.

Mehrere Infrastrukturprojekte konnten bereits auf den Weg gebracht werden: An- und Umbau des Alten- und Pflegewohnheims St. Joseph in Eupen, Ausbau des Seniorenheims Bütgenbach, Umbau und Erweiterung des Marienheims in Raeren, Genehmigung von 60 Plätzen für ein Alten- und Pflegewohnheim in Kelmis.

Weitere Maßnahmen werden folgen.

Gleichzeitig müssen auch alternative Wohnformen für Senioren verstärkt gefördert werden.

So unterstützt die Gemeinschaft beispielsweise eine begleitete Wohngemeinschaft für Senioren des ÖSHZ Eupen.

Nach Evaluierung dieses Pilotprojekts ist eine Ausweitung auf andere Gemeinden möglich.

Darüber hinaus wurden bei **Eudomos** zwei Personen als Seniorenbeauftragte eingestellt, die auf Gemeindeebene und gemeinsam mit den Gemeindeverantwortlichen sowohl Lücken im Wohnangebot für Senioren aufdecken als auch Vorschläge zur seniorengerechten Gestaltung des Wohnumfeldes erarbeiten sollen.

Im Rahmen der 6. Staatsreform wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft weitere Zuständigkeiten in der Seniorenpolitik übertragen, zum Beispiel die Mobilitätshilfen, die Finanzierung der Alten- und Pflegewohnheime und die Beihilfen zur Unterstützung von Betagten.

In diesem Kontext gibt es offenkundige Synergien zu aktuellen Aufgaben der ‚Dienststelle für Personen mit Behinderung‘.

Die Regierung hat beschlossen, diese Synergien zu nutzen und das Aufgabenfeld der Dienststelle um die bisherigen Aufgaben der Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe zu erweitern.

Die gemeinsame Organisation der Beratung, die aktuell für beide Zielpublikum noch in getrennten Einrichtungen erfolgt, dürfte Synergieeffekte und Skaleneffekte entstehen lassen, die für den Nutznießer eine verbesserte Dienstleistung ermöglichen.

Folgerichtig soll die Dienststelle dann auch umbenannt werden in ‚Dienststelle für selbstbestimmtes Leben‘.

Der entsprechende Dekretentwurf wird in Kürze im Parlament hinterlegt.

Erlauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihre Aufmerksamkeit in diesem Jahr auf ein weiteres Projekt unseres Regionalen Entwicklungskonzept zu lenken,
das uns in der anstehenden Sitzungsperiode beschäftigen wird: die **Standortentwicklung**.

Die Frage nach dem Standort stellt sich den Menschen insbesondere an den Übergängen verschiedener Lebensphasen:

Wo mache ich meine Ausbildung?

Wo kann und will ich arbeiten?

Wo sollen meine Kinder aufwachsen?

Wo kann ich mein Unternehmen gründen?

Wo will ich im Alter leben?

Diese Frage betrifft folglich alle Zuständigkeitsbereiche in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften, die geringe Zahl an Betriebsgründungen und die Überalterung der Erwerbsbevölkerung sind zentrale Herausforderungen für die DG.

Die sich daraus ergebenden Zielgruppen müssen wir durch Standortentwicklung und Standortmarketing besonders ansprechen.

Ein Standort, der versäumt, sich erfolgreich zu positionieren, riskiert wirtschaftliche Stagnation.

Die entsprechenden Angebote und Initiativen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden im Augenblick unter verschiedenen Begriffen kommuniziert und vermarktet.

Regierung und Ministerium werben für die „**DG**“, die Tourismusdestination Ostbelgien wirbt für „**Ostbelgien**“.

Seit 2013 erfahren die Produkte „**made in Ostbelgien**“ einen großen Zuspruch.

Die duale Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ihrerseits häufig als „**made in DG**“ vermarktet.

Diese Beispiele zeigen, dass uns für eine erfolgsversprechende Vermarktung unseres Standortes ein gemeinsamer Leitfaden fehlt.

Die Botschaften der einzelnen Aktivitäten haben alle ihre Berechtigung; sie sind historisch gewachsen; aber sie sind sehr verschieden und zielen in unterschiedliche Richtungen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir uns als kleiner Standort im globalen Wettbewerb auf Dauer nicht erlauben.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat deshalb auf der Grundlage des REK die Standortentwicklung zu einem übergreifenden Thema ihrer Politik gemacht.

Unser Ziel ist es, das regionale Selbstverständnis zu stärken und uns innerhalb Belgiens und in den angrenzenden Regionen und Ländern zu vermarkten.

Dazu brauchen wir eine **Standortstrategie**.

An einer solchen Strategie wird seit August 2015 gearbeitet.

In der Standortstrategie kommt es darauf an, gemeinsame Werte zu identifizieren, darauf basierend eine gemeinsame Markenbotschaft – ein Markenversprechen – zu entwickeln und diese Stärken bei den richtigen Zielgruppen bekannt zu machen.

Was unterscheidet uns nun von unseren Wettbewerbern?

Was versprechen wir unseren Zielgruppen?

Was ist das Besondere an unserer Identität?

Das sind die wichtigen Fragen, auf die wir mit unserer Strategie eine Antwort geben wollen.

Hierzu möchte ich an dieser Stelle eine getrennte Regierungserklärung ankündigen.

Ich kann jedoch jetzt schon sagen, dass wir vorschlagen werden, uns in unserer Kommunikation mittelfristig nicht mehr auf das Kürzel „DG“ sondern auf die Dachmarke „Ostbelgien“ zu konzentrieren.

Das Kürzel „DG“ lässt sich außerhalb unserer Gemeinschaft kaum vermarkten. Es enthält keinerlei geographischen Bezug, was für potentielle Investoren verwirrend wirkt. Zudem wird es häufig mit anderen Marken verwechselt. Von „Dolce & Gabbana“, über „Dresdener Gas“, „Direction Générale“ bis hin zu einem „Dachgeschoss“.

Natürlich müssen wir in diesem Zusammenhang verfassungsrechtliche Vorgaben respektieren. Das steht außer Frage. Das werden wir genau wie die anderen Gliedstaaten in Belgien selbstverständlich tun.

Aber für die Außendarstellung unseres Standortes macht es Sinn, dass wir uns auf „Ostbelgien“ statt auf die „Deutschsprachige Gemeinschaft“ fokussieren.

Experten zufolge ist das sogar unabdingbar.

Von großem Wert sind dabei die Erfahrungen unserer Partner im In- und Ausland. Das Allgäu, das Saarland, Südtirol, Tirol, aber auch Flandern sind Beispiele, von denen wir lernen können.

Von diesen Beispielen haben wir bereits gelernt, dass ein erfolgreiches Standortmarketing über die Kommunikation von Regierung und Ministerium hinausgeht. Es betrifft eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Akteuren in Ostbelgien.

Sie alle können Botschafter einer Dachmarke ‚Ostbelgien‘ sein.

Deshalb werden wir sie alle einladen, sich aktiv am Standortmarketing Ostbelgien zu beteiligen.

Dazu hat es auch schon mehrere Gesprächsrunden gegeben.

Im Dialog mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Unternehmen und Organisationen haben wir uns mit Unterstützung einer externen Agentur bereits intensiv mit der Standortstrategie beschäftigt.

Das hatten wir in unserer Regierungserklärung vom 18.05.2015 angekündigt.

Wenn wir dieses Vorhaben nun erfolgreich umsetzen wollen, brauchen wir hierfür einen sehr breiten gesellschaftlichen Konsens.

Dieses Zukunftsprojekt wird einen Einfluss auf unseren Alltag haben. Das darf man nicht unterschätzen.

Deshalb wollen wir den Dialog darüber mit der Zivilgesellschaft in diesem Jahr noch einmal deutlich ausbauen.

Und ich würde mir sehr wünschen, wenn wir darüber auch in den Ausschüssen dieses Hauses intensiv austauschen könnten.

Die Regierung ist gerade bei diesem Zukunftsprojekt sehr an einem parteiübergreifenden Konsens interessiert.

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

Dialog ist nicht nur für wichtig für eine erfolgreiche Standortentwicklung.

Die Regierung legt bei allem, was sie tut, großen Wert auf **Dialog** - mit dem Parlament, mit der Zivilgesellschaft und ganz besonders mit den Sozialpartnern.

In unserer Gemeinschaft funktioniert er noch – der sozialpartnerschaftliche Dialog.

Das behaupten wir nicht nur. Das können wir beweisen.

Am 21. April ist es der Regierung gelungen, mit den Gewerkschaften **ein neues Sektorenabkommen** für den von der Gemeinschaft finanzierten öffentlichen Dienst zu unterzeichnen.

So haben wir unter anderem zugestanden, die **Gehaltsbaremen** früher zu erhöhen als das ursprünglich geplant und im Krisendekret vorgesehen war.

Und auch für den **nicht-kommerziellen Sektor** ist es mittlerweile gelungen, mit den Sozialpartnern ein neues Abkommen auszuhandeln.

Es wurde vor wenigen Tagen unterzeichnet.

Alleine in dieses Abkommen werden wir 500.000 EUR pro Jahr investieren.

Darüber werden wir uns sicherlich im Rahmen der Haushaltsdebatte im Dezember austauschen können.

Fest steht, dass wir in einer beachtlichen Größenordnung zusätzliche Finanzmittel für Einrichtungen im Sozialbereich, im Unterrichtswesen und der Kultur zur Verfügung stellen werden.

Das ist in Krisenzeiten nicht selbstverständlich. Und das ist auch nicht überall im Land so.

Im Gegenteil.

Die beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes haben gerade in diesen Bereichen empfindliche Sparmaßnahmen beschlossen.

Wir sind die einzige Gemeinschaft in diesem Land, die ein solches Abkommen abschließen konnte.

Und dennoch, werte Kolleginnen und Kollegen, halten wir unbeirrt an unserer **finanzpolitischen Strategie** fest, die bekanntlich aus sieben Bausteinen besteht.

Diese Strategie wurde schon oft erläutert. Ich brauche das heute nicht zu wiederholen.

Wir verfolgen auch weiterhin das Ziel, den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen;
und zwar auf der Grundlage der überaus strengen SEC 2010-Normen.

Vor wenigen Tagen hatte ich die Gelegenheit mit dem Premierminister und den anderen Ministerpräsidenten über einen **nationalen Investitionsplan** für unser Land auszutauschen. Ich habe zugesagt, dass wir uns aktiv daran beteiligen werden.

Die europäischen Buchhaltungsregeln engen die Investitionskapazität der öffentlichen Hand unzumutbar ein.

Das ist nicht nur schlecht für die Wirtschaft.

Damit ist auch die Gefahr verbunden, dass für die Gesellschaft unabdingbare Infrastrukturen zu Lasten kommender Generationen vernachlässigt werden.

Es macht Sinn, dass ganz Belgien eine gemeinsame Strategie entwickelt, um dieser Gefahr entgegen zu wirken.

Am 28. September wird der Konzertierungsausschuss eine entsprechende Vorgehensweise beschließen.

Sehr geehrter Herr Präsident,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

von grundlegender Bedeutung für die Politikgestaltung in der DG ist seit jeher eine enge und freundschaftliche **Zusammenarbeit mit allen Bestandteilen des belgischen Bundesstaatsmodells.**

Mit der Regierung der **Flämischen Region und der Flämischen Gemeinschaft** haben wir am 24. Februar 2016 ein neues Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit Flandern vertiefen und auf neue Politikfelder ausdehnen. Darüber werden wir uns hier schon bald unterhalten können. Das neue Abkommen bedarf nämlich der Zustimmung der jeweiligen Parlamente.

Mit der **Französischen Gemeinschaft** arbeiten ebenfalls weiterhin sehr eng zusammen. Dass wir mittlerweile gemeinsame Regierungssitzungen mit der Französischen Gemeinschaft organisieren, ist ein Beleg dafür. Genauso wie die sehr umfangreichen Berichte über unsere gemeinsamen Arbeitsprogramme.

Dasselbe gilt für unsere freundschaftlichen Beziehungen zur **Region Brüssel**.

Mit der **Wallonischen Region** haben wir bekanntlich im letzten Jahr ein sehr weitreichendes neues Abkommen unterzeichnet, mit dem uns wichtige Zuständigkeiten im **beschäftigungspolitischen Bereich** übertragen wurden.

In diesem Jahr werden wir uns intensiv mit den inzwischen aufgenommen Verhandlungen zur Übertragung des **Wohnungsbaus** beschäftigen.

Bekanntlich hatte die Wallonische Region zu Beginn dieser Legislaturperiode Verhandlungsbereitschaft zur Übertragung dieser beiden Bereiche (Beschäftigung und Wohnungsbau) angekündigt.

Die sich daraus ergebenden Chancen nutzen wir, wie Sie festgestellt haben, sehr konsequent.

Das ändert aber natürlich nichts daran, dass wir auch weiterhin an allen anderen Forderungen festhalten, die unser Parlament mit großer Mehrheit schon vor vierzehn Jahren an die Wallonische Region gerichtet hat.

Dazu gehören die Übertragung der **Raumordnung, des Straßenbaus und der Provinzzuständigkeiten**.

Darauf haben wir die wallonische Regierung kurz vor der Sommerpause noch einmal schriftlich hingewiesen.

Und wir hoffen, dass die wallonische Regierung bereit, gewillt und in der Lage sein wird, Verhandlungen zur Übertragung weiterer Zuständigkeiten zuzulassen.

Mit der **Provinz Lüttich** haben wir am 14. Juli ebenfalls **ein neues Zusammenarbeitsabkommen** unterzeichnet.

Die Zuwendungen der Provinz an Einrichtungen in der DG wurden von 782.500 EUR pro Jahr auf 1.227.000 EUR pro Jahr erhöht. Dies entspricht einer **Steigerung um knapp**

57 %. Davon werden vor allem die neun deutschsprachigen Gemeinden und die Musikakademie profitieren.

Aber, um es noch einmal unmissverständlich klarzustellen: das Abkommen ändert nichts an unserer Forderung, provinzfrei zu werden.

Die Regierung hat dem Parlament dieses Abkommen in Form einer **Regierungsmitteilung** zukommen lassen. Wir werden uns damit also noch ausführlich beschäftigen können. Ich gehe heute nicht näher darauf ein.

.

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Trotz aller globalen Krisen und Probleme, von denen ich eingangs gesprochen habe, glaube ich behaupten zu dürfen, **dass es sich in Ostbelgien vergleichsweise gut leben lässt.**

Viele beneiden Ostbelgien um seine außerordentlich gut unterhaltenen Infrastrukturen.

Wer verfügt schon auf so engem Raum über zwei Krankenhäuser, vier Schwimmbäder, mehr als sechzig Schulniederlassungen, zwei regionale Kulturzentren, Alten- und Pflegeheime, hochwertige Sportanlagen, Jugendheime und Jugendherbergen und vieles andere mehr?

Viele beneiden uns um unsere Natur, unsere fantastischen Landschaften, die für jeden Touristen ein Genuss sind. Wir selbst sind uns dessen nicht immer ausreichend bewusst.

Viele beneiden uns auch um unsere mehr als 600 Dienstleistungen.

Die Wirtschaftsdaten sind hierzulande vergleichsweise günstig. Die Arbeitslosigkeit liegt weiterhin unter dem nationalen Durchschnitt.

Auch bei uns ist nicht alles perfekt. Bei weitem nicht.

Aber es gibt trotz aller Probleme viele Gründe, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Die Regierung wird jedenfalls alles tun, damit das so bleibt.

Wir werden konsequent all unsere Dienstleistungen optimieren und, wo notwendig, auch ausbauen, um die Lebensqualität in Ostbelgien weiter zu verbessern

Die Regierung lädt alle Mitglieder dieses Hauses ein, daran konstruktiv mitzuwirken
– mit Leidenschaft, Herzblut und Verstand -
im Interesse unserer Heimat, im Interesse aller Menschen, die hier leben.